

Peer Pasternack

Seit drei Jahren in diesem Theater: Hochschulerneuerung Ost oder Der libidinöse Opportunismus — Eine Farce

Die Figuren

Die ostdeutschen Hochschulen sind erwartungsgemäß Beutestücke geworden. Erbeutet von einer vordergründig zum Teil frapierenden, der Sache nach jedoch gut harmonisierenden Koalition. (Bei allem folgenden gilt: Die Diagnose beschreibt den Kern. Ausnahmen sind natürlich vorhanden.) Die Koalition hat vier Partner: Die politischen Administrationen in den ostdeutschen Ländern; westdeutsche WissenschaftlerInnen, die eine Stelle im Osten abgefaßt haben; westdeutsche Wissenschaftsgremien und Fachverbände; die Opportunisten unter den ostdeutschen WissenschaftlerInnen.

Die Situation

An einem Punkt trafen und treffen sich ausnahmslos alle Parteien dieser *Erneuerungskoalition*: Um Gottes willen, keine richtig neuen Ideen. Sondern zurück zum Althergebrachten: In der modernisierten Variante des westdeutschen Hochschulsystems. Das ist »verrottet« (Wissenschaftsratsvorsitzender Simon)¹ und für den Osten der Gipfel der *Erneuerung*. In den Struktur- und Evaluierungskommissionen symbiotisieren ost- und westdeutsche konservative Wissenschaftsverständnisse. Das Ergebnis ist zwangsläufig eine konservative Modernisierung. Angesichts dessen von »Erneuerung« zu reden, ist nachgerade albern. Es kann dies nur tun, wer ein sehr verkürztes Verständnis von solchem Vorgang hat: Möglichst vollständige Zerschlagung des Alten in seiner Gänze, also ohne differenzierende Selektion, und möglichst gering differenzierende Adaption des andernorts Bestehenden, und sei es *verrottet*. Es paßt in die Logik der um die Hochschulen herum ablaufenden Prozesse: »Einigungsprozeß« ist ja lediglich die euphemistische Umschreibung einer gewaltsamen Struktur-

Werte- und Mentalitätsüberstülpung. Gegenteiliges behaupten nur noch Demagogen und Selbstbetrüger. Erneuerung in einem weiteren Sinne findet weder inhaltlich noch strukturell noch personell statt. »Inhaltliche Erneuerung« vollzieht sich als kompromißlose Anpassung an den westdeutschen (oftmals noch nicht einmal westlichen) *Mainstream*. »Strukturelle Erneuerung« wird realisiert als unkritische Angleichung an westdeutsche Hochschulstrukturen. »Personelle Erneuerung« erschöpft sich in dem atemlosen Sortieren des vorhandenen Personals nach »belastet« und »unbelastet«. Mehr ist nicht. Insofern kann die Hochschulerneuerung in Ostdeutschland getrost als gescheitert bezeichnet werden.

Der Ausgangspunkt

Angestrebt war anfangs freilich mehr: zumindest von (minoritären) engagierten Hochschulangehörigen. Hochschulen als öffentliche Orte sollten es werden, die vor allem eines aus der Vergangenheit gelernt haben: Daß Staatsfeme, Kritikfähigkeit und interne demokratische Verfaßtheit die Minimalvoraussetzungen sind, um Freiheit von Forschung und Lehre zu sichern, um ein Faktor im öffentlichen Diskurs zu sein. Hochschulen sollten es sein, die ihre eigene Vergangenheit als unverzichtbaren Erfahrungshintergrund betrachten, der ständig vor lauernden Fährnissen warnt. Dazu sollten die Hochschulen ihre Vergangenheit aufarbeiten (da steckt »Arbeit« drin!), was voraussetzte: Diese Vergangenheit zunächst einmal als eigene annehmen und nicht lediglich als Vergangenheit (abgeschaffter) SED-Parteileitungen und einiger darin Verstrickter zu sehen². Hochschulen sollten es werden, die die Chance einer radikalen Neustrukturierung ergreifen: Die sich dabei an globalen wie regionalen und an zivilisatorischen Erfordernissen orientieren.

Die sich als Orte der Entwicklung von Alternativen begreifen. Die in sich Selbstreflexion strukturell verankern. Und nicht Hochschulen, die Neustrukturierung lediglich als (in der Selbstwahrnehmung) Rückkehr zu den Zuständen vor der 3. DDR-Hochschulreform 1968ff. betreiben: Mit der Folge der strukturellen Verankerung der fachdisziplinären Egoismen. Ergänzt wird diese Rückkehr nur um westdeutsche Personalstrukturen und einige modernisierende Elemente westdeutscher Hochschulstruktur: Um die Kompatibilität zu sichern. Hochschulen sollten es eigentlich mal werden, die die Chance der Gleichzeitigkeit von inhaltlicher wie struktureller wie personeller Erneuerung als das begreifen, was sie war: Einmalig. Freilich: Nun gab es ja 1989/90 durchaus auch bemerkenswerte Entwicklungen. Wie in der gesamten Gesellschaft schien es an den Hochschulen, als reiße jetzt die massenhafte Emanzipation ein. Neue Fachbereichsstrukturen, durch Originalität ausgezeichnete Studienprogramme sowie interdisziplinäre Struktur- und inhaltliche Vorstellungen wurden entwickelt. Der (Wieder-)Organisation einer akademischen Selbstverwaltung eignete vielfach eine an deutschen Universitäten lange nicht mehr gekannte demokratische Substanz. Die Abschaffung der Fremdverwaltung der Studierenden und die Durchsetzung ihrer Selbstvertretung durch die Bildung unabhängiger StudentInnenRäte war originärer Bestandteil des demokratischen Aufbruchs im Lande.³ Ehren- und Rehabilitierungskommissionen nahmen an den Hochschulen ihre Arbeit auf. FunktionsträgerInnen wurden verpflichtet, gegenüber MitarbeiterInnen und Studierenden die Vertrauensfrage zu stellen. Die Hochschul-Verfassungsdiskussionen waren stark emanzipatorisch geprägt und zeichneten sich zum Teil durch eine beachtliche Originalität aus.⁴ Die Diskussionen wurden dominiert durch eine kleine aktive Minderheit. Ihre Vorstellungen vermochten für kurze Zeit mehrheitsfähig zu werden. Das war eine interessante Auswirkung des vielfach belächelten Ossi-Fimmels: des Konsensprinzips. Dieses nämlich setzt eines voraus: Daß mensch sich zuvörderst der Wirkung der vorgetragenen Argumente hingibt, sie nüchtern abwägt, für sich vernunftgeprägte Entscheidungen trifft, frei von Gruppenegoismen und Sozialneid handelt und dergestalt eine Verantwortung für das

Ganze in sich spürt und wahrnimmt. Das war für kurze Zeit gegeben. – Gleichwohl: Es wurde ziemlich zeitig von Gegenteiligem konterkariert und schließlich überlagert.⁵ Parallel zu den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen vollzogen sich auch spiegelbildliche Prozesse an den Hochschulen:

Das Leben: Auf dem Theater

Recht bald begannen bekanntermaßen die Regierungen, die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für den DDR-Anschluß an die Bundesrepublik zu schaffen. An den Hochschulen wurde – unter dem Stichwort der *Deutschlandkompatibilität* der notwendigen Veränderungen – versucht, die Ordinarienmajorität durchzuboxen. Westdeutsche Ratschläge und Berater begleiteten bald jede Entscheidungsvorbereitung der DDR-PolitikerInnen. Zur gleichen Zeit ermahnte etwa der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz Seidel (Hannover) den Senat der Karl-Marx-Uni Leipzig: Man solle bei der Gestaltung neuer Universitätsstrukturen »nicht in Überdemokratisierung verfallen«.⁶ Die DDR-Gesellschaft ging jeglichen Selbstbewußtseins verlustig. Auch die Studierendenschaft war dann, in ihrer Gesamtheit betrachtet, durchaus reif für den Anschluß: Insofern, als sie sich von der Masse ihrer westdeutschen KommilitonInnen in der (Nicht-)Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Mandats nicht unterschied. Die ganze Gesellschaft erschien in der sich selbst reflektierenden Retrospektive als ein einziges Widerstandsnest im stalinistischen Sumpf. An den Hochschulen wußten plötzlich eine ganze Reihe von DozentInnen und ProfessorInnen von ihren Konflikten mit der alten Macht zu berichten. Doch die wollten oft so gar nicht zu studentischen Erinnerungen an deren vorausseilenden Gehorsam passen. In der Gesellschaft sahen sich die Impulsgeber und Träger des Aufbruchs '89 an den politischen Minoritätsrand verdrängt. An den Universitäten waren die wenigen auch früher schon konfliktfähigen HochschullehrerInnen die einzigen ihrer Gruppe, denen ein demokratisches Wissenschaftsverständnis unvereinbar schien mit professoralen Gremienmehrheiten. Die Gesellschaft verdrängte ihren strukturellen Opportunismus der Vergangenheit mit postparanoidem Stasi-Haß. An den Hochschulen trieb

der projizierte Selbsthaß ob des eigenen Mitgemachthabens zahlreiche NaturwissenschaftlerInnen zu dem Vorwurf an die GesellschaftswissenschaftlerInnen, diese seien die »geistige Stasi« gewesen. Vermiedene Parteimitgliedschaft wurde allerorten zum Zeugnis des Widerstandskämpfertums. Früher politisch unauffällige Mathematik-Professoren in Leipzig – so unauffällig, daß ihr Bereich niemals zum »ideologischen Schwerpunkt« erklärt wurde, wie den Partei-Akten zu entnehmen ist – beförderte die Frankfurter Allgemeine Zeitung plötzlich zum »Unruheherd« der Leipziger Uni.⁷ – Der Elitenwechsel spülte in Größenordnungen Mittelmaß und Inkompetenz auf die Spitzenplätze der Gesellschaft (sofern oder solange kein Westdeutscher zur Verfügung stand). Qualifiziert war dieses Personal in der Regel durch BLOCKendes Engagement beim Aufbau *des Sozialismus*. Auch an den Hochschulen setzte die Invasion der Grauen Mäuse auf die Chfessessel ein. Dort sitzen sie nun als ideenlose Pragmatiker: Durch nichts anderes qualifiziert, denn durch Sich-aus-allem-Heraushalten in der alten DDR. Mit anderen Worten: Durch einen wirksamen Beitrag zur Pervertierung der damaligen Verhältnisse. – Im übrigen galt in der Gesellschaft wie an den Hochschulen: Das beste Mittel, den diversen Abwicklungen zu entgehen, ist, bei denjenigen zu sein, die sie anordnen.⁸

Der innere Konflikt

Was war die Ursache, daß Hochschulangehörige, die sich vormals nachvollziehbaren Argumentationen nicht verschlossen, in diesen Entwicklungen umkippten? – Mensch stieß auf politische Widerstände. Damit wurde plötzlich klar: Engagement für eine schlichten Rationalitätskriterien folgende Hochschulerneuerung sichert individuell nichts; sie gefährdet dafür u.U. manches. Konstatiert werden muß rückblickend: Sozialpsychologisch steht hinter der gescheiterten Selbsterneuerung der ostdeutschen Hochschulen unter den gegebenen Bedingungen eine gemeinsame Ursache. Es wurde Selbsterneuerung solcher Art verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potentiellen Erneuerer nicht bot: Sofern diese unter Erneuerung anderes verstanden als bloße Westanpassung. (Zum Vergleich sollte mensch sich die Ergebnisse einer Selbst-

befragung der westdeutschen Wissenschaft unter ähnlichen Umständen vorstellen.) Beleuchtet werden muß freilich in diesem Zusammenhang auch die generelle Selbsterneuerungsfähigkeit von Hochschulen. Wenn den ostdeutschen Hochschulen zahlreich der Vorwurf gemacht wird, sie hätten sich erkennbar nicht von innen heraus erneuert, müssen zumindest zwei Dinge angemerkt werden. Der Vorwurf ist erstens weitgehend richtig. Und er ist, allerdings, zweitens banal. Denn: Wo hat sich schließlich in deutschen Landen schon einmal eine Universität allein aus sich heraus erneuert? Und: Warum sollte dies – unter den gegebenen Umständen! – ausgerechnet an den ehemaligen DDR-Hochschulen erstmals gelingen?⁹ Eine der ersten Losungen der Leipziger Anti-Abwicklungsproteste im Dezember 1990 war der alberne Satz »Wir können uns selbst evaluieren!« Er konnte sich in seinem undifferenzierten Gehalt durchaus mit den Abwicklungsbeschlüssen messen. Es brauchte damals einige Kraftanstrengung, um ihn nicht zum allgemeinen Motto der Aktionen werden zu lassen.¹⁰ Was aber wäre nötig gewesen – statt ausschließlicher (vom Ansatz her zum Scheitern verurteilter) Selbsterneuerung und statt totaler Entmündigung der Hochschulen?

Der äußere Konflikt

Die platteste Antwort ist: Zunächst einmal andere Umstände. Doch sie entbehrt nicht einer gewissen Rationalität. Der Versuch einer eigenständigen Erneuerung an den Hochschulen stellte zuvorderst einen Anachronismus dar: Angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Dieser Versuch hätte nur unter einer Voraussetzung wirksame Beiträge bringen können: Wenn er mit einer Aufarbeitung eigener Vergangenheit und offener-öffentlicher Selbstbefragung verbunden gewesen wäre. Dafür gab es weder ein gesellschaftliches Interesse noch ein entsprechendes sozialatmosphärisches Umfeld. Dieses war vielmehr durch Verdrängung und Abrechnung geprägt. Verwunderlich wäre gewesen, wenn sich ausgerechnet die Hochschulen diesem situativen Druck hätten entziehen können. Doch selbst unter den gegebenen Umständen wäre allemal anderes möglich gewesen. Dem Druck der Umstände können immer die Akteure gegensteuern. Die Akteure

waren die PolitikerInnen (mit ihren Ministeriatbürokrationen), westdeutsche Wissenschaftsgremien sowie Fachverbände und die Hochschulangehörigen selbst.

Das Figurenhandeln

Unterstellen wir einmal den PolitikerInnen beste Absichten. Unterstellen wir also den Willen zur vorurteilsfreien Unterstützung hochschulinterner Erneuerungsprozesse. Was wäre da notwendig gewesen? Nötig gewesen wäre eine Verstärkung der – ja durchaus vorhanden gewesenen – inneruniversitären Erneuerungsimpulse durch außeruniversitäre: Um den immanenten Widerständen begegnen zu können. Denn: Hochschulen sind Institutionen und als solche in einer gewissen Starrheit verhaftet. Darüber hinaus sind sie intern betont hierarchisiert. Und es eignet ihnen eine, aus ihrem akademischen Charakter sich ergebende, naturwüchsige Autonomie. Die Hochschulen sind folglich stark in sich verankert. Daraus ergibt sich: Sie können sich nicht *allein* aus sich selbst heraus erneuern.¹¹ Die außeruniversitären Impulse kamen nicht. Zum einen gewiß: Weil die Situation dergestalt war, daß – vor allem 1990 – primär ein Zusammenbruch des gesellschaftlichen Lebens verhindert werden mußte. Die Hochschulen galten in diesem Zusammenhang weniger als Objekte des Krisenmanagements. Zum anderen aber auch: Weil den Regierenden eine allzugroße *Nachgiebigkeit gegenüber* den Forderungen einer – dann wieder schwer zu zügelnden – Basisbewegung an den Hochschulen gefährlich schien. Zumal die von dieser sich rührenden Basis vertretenen Inhalte in konservativen Ohren furchtbar suspekt klingen mußten. Und schließlich: Es gab seitens der politischen Administration kein tatsächliches Interesse an einer Erneuerung der *vorhandenen* Wissenschaftseinrichtungen. Das war der Tribut an die Umstände: bereitwillig gezahlt. Als wichtigster westdeutscher Akteur im Umbau des ostdeutschen Wissenschaftssystems gilt der Wissenschaftsrat. Bei ihm mischten sich auftragsgemäß aus Siegermentalität resultierende Unsensibilität, teilweise recht schwach organisierte Evaluierung (vgl. nur die Evaluierung einiger Bereiche durch Kommissionen, die sich ausschließlich aus fachfremden VertreterInnen zusammensetzten und derart ihre

Unabhängigkeit aus der Freiheit von Sachkenntnis beziehen konnten¹²), brave Umsetzung wissenschaftspolitischer Vorgaben (wie die Zerschlagung der AdW) sowie durchaus auch löbliche inhaltliche und Strukturvorstellungen.¹³ Die Tragik des Wissenschaftsrates besteht wohl darin, daß er offenbar die ihn einbettenden Strukturen nicht voll durchschaut hat (was, nebenbei gesagt, nach Systemwechseln mitunter zu Abwicklungen führt). Meinten die Agenten des *internationalen Standards* doch: Wenn sie nur artig die politisch verordnete Dreckarbeit erledigten, dürften sie hernach auch noch ein wenig von den hehren Zielen zur Fortentwicklung bundesdeutscher Wissenschaft verwirklichen. Schließlich seien ja die Gelegenheiten nicht so häufig.¹⁴ Herr Simon ist mittlerweile ziemlich wütend. Umgesetzt wird von den Wissenschaftsratsempfehlungen vielfach nur, was strukturpolitisch in den Kram paßt. Ansonsten machen die ostdeutschen Länder, was sie wollen, und der Bund ist so knausrig, daß selbst die konsensfähigen Projekte auf halber Strecke verenden. Seinen ersten Ausbruch diesbezüglich hatte Simon bereits im März 1991 in der FAZ.¹⁵ Seit einigen Monaten wird er immer deutlicher. Ausgewählte Sätze aus einem Interview vom Juni 1992:

Frage: Stellt Sie das Ergebnis zufrieden? Simon: »Natürlich nicht ... Mit unseren Empfehlungen hätte man durchaus leben können, wären sie von der Politik umgesetzt worden ... Offenbar ist auch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm ... nicht durchsetzbar.« Frage: Das heißt, daß die Forschungslandschaft im Osten ausblutet. Simon: »Ja, das denke ich auch ... die Gefahr, daß das Niveau der Forschung im Osten sinkt, ist eher größer als kleiner geworden.« Auch ein paar Sentenzen Selbstkritik: »Wir haben vielleicht bei manchen unserer Empfehlungen die Lage falsch eingeschätzt.« »Die systematische Trennung von Forschung und Lehre in der DDR (die so systematisch nicht war, wie wir u.a. vom WiRa initiierten Gutachten entnehmen können¹⁶ – p.p.) haben wir verdammt ... Inzwischen diskutiert der Wissenschaftsrat darüber, ... getrennt Forschungs- und Lehrprofessuren einzuführen. Im Osten ist die Sache viel zu übereilig entschieden worden. Das gilt etwa auch für das Fernstudium, das haben wir im Grunde aufgelöst. Wir versuchten gar nicht erst, etwas davon zu retten ...

Vielleicht gab es im Osten eine Möglichkeit, die wir nicht geprüft haben.«¹⁷

Andere West-Akteure im Osten waren die Hochschulverbände, die Berufsorganisationen der FachwissenschaftlerInnen, abgeordnete Ministerialbürokraten und die zahlreichen Mitglieder verschiedenster Kommissionen: Landes-Hochschulstruktur-Kommissionen, Personalüberprüfungsgremien, Fachbereichsstrukturkommissionen, Gründungskommissionen für abgewickelte/neuzugründende Fachbereiche und dabei vor allem die Gründungsdekane.¹⁸ Sie unterschieden sich voneinander primär nach ihrer Bereitschaft und Möglichkeit, mehr oder weniger viel Zeit zu investieren; nach ihrem jeweiligen politischen und wissenschaftstheoretischen Background; nach ihrem Verständnis des Amtes und ihrer mentalen Konstitution: Missionar gegenüber den erziehungsbedürftigen Osis oder Lernender in neugieriger Umgehung. Die politischen Rahmenbedingungen sorgten dafür, daß die Unterschiede im wesentlichen nicht allzu groß waren. Von Versuchen der Einflußnahme seitens westdeutscher WissenschaftlerInnen, Pluralismus in den Neustrukturierungsprozessen zu verankern, ist wenig bekannt geworden. Der sächsische Wissenschaftsminister beschrieb recht lapidar, wie demokratisch es zugeing, als Gründungsbeauftragte gesucht wurden: »In den meisten Fällen rief ich die künftigen Gründungsdekane einfach über den einzigen Westanschluß, über den die Sächsische Regierung damals verfügte, zu Hause oder in ihren Hochschulen an, übrigens meistens erfolgreich.«¹⁹ Daß hier kein öffentlicher Findungsprozeß der möglichen KandidatInnen beschrieben wurde, ist kein Zufall: Es gab ihn nicht. Erdreisteten sich die Hochschulen, eigene Vorschläge zu unterbreiten, wurde das nicht kritisiert, aber auch (in der Regel) nicht beachtet. Derart kam es (neben wenigen Glücksfällen) auch zu einigen Zumutungen für die ostdeutschen Hochschulen.²⁰ Vor allem jedoch: Es wurde dominant der westdeutsche hochschulinterne Strukturkonservatismus importiert.

Der Handlungsrahmen

Die wesentlichen Rahmenbedingungen des Hochschul-Umbaus im Osten können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

(1) Das *politische* Umfeld ist konservativ geprägt. Dies begründet ein massives Mißtrauen der Administrationen gegenüber den altlastgesättigten Hochschulen. Der Ausweg wird in einer Direktion in Kommissar-Manier gesehen. Diese Funktion teilen sich die Ministerien mit westdeutschen beauftragten Profs und Opportunisten unter den ostdeutschen WissenschaftlerInnen.

(2) *Ökonomisch* läuft die Entwicklung in den Fünf Neuen Ländereien auf eine flächendeckende Sizilianisierung hinaus. Das trifft auch die Hochschulen. So wenig wie eigentlich produzierende Wirtschaft im Osten benötigt wird, da dieses Siedlungsgebiet problemlos aus westdeutscher Mehrproduktion versorgt werden kann, so wenig wird ja eigentlich ostdeutsche Wissenschaft benötigt. Unter dem Gesichtspunkt einer internen Systemrationalität ist das durchaus verständlich: Die politische Herrschaft hat gewechselt. Damit haben auch die Ansprüche an Wissenschaft gewechselt. Die Neuordnung der ostdeutschen Wissenschaft erscheint da in nüchternen Kalkulationen zuvorderst als kostenverursachende Umschulung. Solange der Bedarf jedoch kostengünstiger zu decken ist, eben aus dem Westen, gibt es keinen Grund, solche Umschulung zu finanzieren.²¹

(3) *Finanziell* ist die Situation geprägt durch die Phantasielosigkeit des politischen Systems. Weitgehend unsinnig werden Summen, die sicher beeindrucken, gleichwohl hinten und vorne nicht reichen, ausgeworfen: Weil der Vorgang lediglich auf mühsame Befriedung sozialen Konfliktpotentials gerichtet, jedoch nicht strukturpolitisch sinnvoll ist.

(4) *Sozialatmosphärisch* ist das Umfeld der Hochschulen geprägt durch Abrechnungsmentalität und durch eine aus dem surrealen Sozialismus überkommene Intellektuellenfeindlichkeit.

(5) *Mental* sind wir (wieder) in der deutschen Normalität angelangt: Konformität und Botmäßigkeit bestimmen das Bild. Vieles von dem könnte ja unter *objektive Zwänge* abgebucht werden. Was wollte und will mensch da anders machen? Wir hatten doch gar keine Wahl. Mitheulen oder hinausüberprüft werden. Die Entwicklungen vollzogen sich nun mal so, daß da etwa ein Jens Reich einer Evaluierungskommission gegenüber sitzt, deren Mitglieder nun aber den geringsten Anteil daran haben, daß sie hier herumevaluieren

können. Im Gegensatz zu dem zu Evaluierenden. Der anschließend mit einem Zeitvertrag ausgestattet wird. (Ja, ja, Evaluierung ist der normalste Vorgang der Welt und kommt in Westdeutschland alle Tage vor. Wissen wir ja inzwischen. Doch: Negativ-Evaluierung hindert ebendort selten jemanden, anschließend munter fortzubestehen und weiterfinanziert zu werden.) Aber bei all dem, die Frage muß trotzdem gestattet sein: War unter den gegebenen Umständen wirklich nicht noch anderes möglich – aus den ostdeutschen Hochschulen selbst heraus? Wenn doch, wer oder was verhinderte dieses?

Ein Zitat aus dem Programmheft

(Aus dem Tagebuch des verschollenen Stückautors)

Was PolitikerInnen und westdeutsche Wissenschaftsgremien sich bezüglich des Ostens haben einfallen lassen, war und ist zum nicht geringen Teil schlicht eine Zumutung.²² Freilich: Es wäre nicht so durchzuzocken gewesen, wenn nicht die deutsche Intellektuellenkrankheit nahezu sämtliche Abwehrkräfte destruiert hätte: Der augenscheinlich unausrottbar verinnerlichte libidinöse Opportunismus.

Konfliktvoraussetzungen

Zunächst: Für die vorhandenen WissenschaftlerInnen gab es individuell drei Möglichkeiten, mit dem akuten Spannungsverhältnis umzugehen. Mit dem Spannungsverhältnis von einer Vergangenheit als WissenschaftlerIn in der DDR und einer Zukunft als solcher/solchem in der Bundesrepublik: Die erste Möglichkeit: Ehrliche Aufarbeitung des Getanen und Unterlassenen durch die Hardliner in der Wissenschaft. Von tatsächlicher Ehrlichkeit getragen, hätte dies zu der subjektiven Einsicht führen müssen: Man/frau hat sich für eine Zukunft innerhalb akademischer Zusammenhänge disqualifiziert. Es wird der selbstverantwortete Ausstieg vollzogen. Die zweite: Ehrliche Aufarbeitung des Getanen und Unterlassenen durch die Reformorientierten und Nicht-/Weniger-Angepaßten in der Wissenschaft. Dies hätte in der von Pauschalisierungs- und Abrechnungspsychose geprägten sozialen Atmosphäre erhebliche Angriffsflächen geboten: Sowohl was

den vergangenen Opportunismus – auch das Widerstehen vollzog sich ja in der DDR in Form eines »opportunistischen Protests«²³ – wie auch, was die gleichfalls künftig zu erwartende Renitenz betrifft. Die auch vorhanden gewesenen Versuche von VertreterInnen des kritischen Potentials innerhalb der DDR-Wissenschaft, eine selbstkritische Diskussion in Gang zu bringen, bestätigten die Aussichtslosigkeit des Unterfangens im gegebenen sozialen Umfeld. Und die dritte Möglichkeit: Fortsetzung der Anpassung – nun an das andere System. Und damit die eventuelle Eröffnung einer individuellen Chance des beruflichen und sozialen Überlebens. Dies entsprach der mentalen Konstitution der meisten WissenschaftlerInnen am ehesten. Es wurde in Folge dessen die bevorzugte individuelle Strategie. Das alles bestimmende Interesse an sozialer Besitzstandswahrung konnte so am ehesten bedient werden.

Banale Dramaturgie

Alsdann: Die vormalis »kommunistisch« dominierte ProfessorInnenschaft erwies sich als eine überwiegend mental konservative Schar von Opportunisten. Die wirklich (im klassisch-politischen Sinne) Konservativen unter ihnen sind da oftmals noch die Sympathischsten, weil geradlinig. Aus der Mischung von mentalem Konservatismus und Opportunismus ergibt sich eine primäre Orientierung auf die Obrigkeit, auf das Traditionelle und auf die Ordinarienuniversität. Hinzu kommt ein weitgehend schlicht nicht vorhandenes Verständnis von Universität als Gesamtheit der Wissenschaften, die mehr ist als Zusammensein von Wissenschaften. Aus der opportunistischen Grundkonstitution und dem Mangel an ganzheitlichem Blick ergibt sich, was auch allgemein ostdeutsches Grundproblem ist: Ein furchtbar nachhaltig internalisierter Pragmatismus. Das korrespondiert mit der Unfähigkeit, mehr als anderthalb Schritte vorausdenken zu können. Aus all dem ergibt sich ein zweites Problem. Derart veranlagte Leute sind Idealpartner für die westdeutschen Entwicklungshelfer: Deutlicher Widerspruch ist von ihnen nicht zu erwarten. Daraus folgt zwangsläufig: Eine ganze Reihe besonders konsequent gewendeter Profs werden auch besonders intensiv durch Ministerien und

westdeutsche Wissenschaftsgremien protegiert.²⁴ Die Sache hat ihre Logik: Niemand ist so gut instrumentalisierbar wie diejenigen mit dem schlechten Gewissen. Widerlich aber bleibt es. Problematisch wird es insbesondere an einem Punkt: Wenn die auf diese Art Geförderten über das Schicksal der früher wie auch heute Unangepaßten mitentscheiden. Aber auch das hat – unter den gegebenen politischen Umständen – natürlich seine Logik. (Unbestritten soll dabei bleiben: Dies alles geht selbstverständlich nicht ohne Konzessionen an das *gesunde Volksempfinden*. Ein paar Bauern-, manchmal auch Königsopfer müssen sein. Die Kriterien hierbei sind oft undurchschaubar. Zuweilen flimmert eins durch den Evaluierungsdschungel: Wer heute – immer noch oder endlich – renitent ist, fliegt raus. Bei der Exzessivität des Schlachtfestes kann eines natürlich nicht ausbleiben: Mitunter erwischt es auch die Richtigen.)

Auch in diesem Stück nicht zu vermeiden: Szenen, bei denen einen der Ekel peitscht

Das Muster des unappetitlichen Konformismus hat auch seine geradezu klassische Verkörperung gefunden: In dem einzigen Vertreter der ostdeutschen Geistes- und Sozialwissenschaften im Wissenschaftsrat, einem Leipziger Logik-Prof vom Fachbereich Philosophie. Die durch ihn exemplarisch verkörperte ostdeutsch-opportunistische Kontinuität fand sich 1990 signifikant formuliert: Als er eine Argumentation verwendete, die den Studierenden noch aus dem Jahre 1988 in den Ohren klingelte. *Damals* hatte er – im Gegensatz zu anderen seiner Parteileitungsgenossen, denen das seinerzeit schon zu doof war – nach dem Verbot des sowjetischen Digest »Sputnik« in der DDR die aufmüpfigen, vernehmlich protestierenden PhilosophiestudentInnen mit einem außerordentlich kämpferischen Argument zu disziplinieren versucht: Eine politisch allzu auffällige Philosophiesektion könne von Berlin aus in ihren Arbeitsmöglichkeiten empfindlich beschnitten werden. Deshalb dürfe die politische Unruhe nicht nach außen dringen! *Im Oktober 1990* formulierte er auf einer Podiumsdiskussion zum Uni-Namen »Karl-Marx«: »Vergessen Sie doch nicht, daß das Umfeld doch nicht mehr dasselbe ist! ... wenn nun aber die

Sachen nun einmal so liegen, und wir diese Universität nur weiterführen können, wenn wir mit einer Vergangenheit brechen ... , dann müssen wir uns auch in diesem Punkt von dem Namen jetzt trennen ... –, wenn wir ihr eine Chance geben wollen, wenn wir erreichen wollen, daß Stellen, die wir sonst abgeben müßten, daß Stellen durch Drittmittel –, also dann, daß wir Finanzmittel bekommen ..., können wir gar nicht anders, als uns der geschichtlichen Tatsache zu stellen, daß ein sozialistisches Experiment gescheitert ist, und daß man das Bekenntnis zu diesem Namen immer in dieser Richtung auslegen wird und gegen die Universität verwenden wird. Das wollen wir verhindern ... Die Diskussionen kommen ja erst noch, und der Name wird uns wie ein Blitzableiter sozusagen, wird wie ein Blitzableiter wirken und wird uns in die ganzen Diskussionen noch extra hineinziehen und die Universität. Und das möchten wir nicht ... Wir müssen berücksichtigen, in welcher Zeit und (in welchem) sozialem Umfeld wir uns jetzt befinden. Wir können gar nicht anders.«²⁵

Was von solchem Herrn an kämpferischer Vertretung ostdeutscher Interessen beispielsweise im Wissenschaftsrat zu erwarten ist, kann vermutlich in der Sparte Kabarett abgebucht werden. Womit wir dann auch wüßten, warum er überhaupt in das erlauchte Gremium protegiert wurde.

Der Höhepunkt der Inszenierung

Strukturelle und inhaltliche Innovationen waren also mit solchen Leuten nicht durchzusetzen. Doch es kam ja noch schlimmer. Die Strukturüberstülpung in Ostdeutschland erfolgt unter nur geringer Berücksichtigung von Gewachsenem. Gleichzeitig ist diese mit einer gezielten Selektion innerhalb des zu Überstülpenden verbunden. Ein Beispiel aus dem Mitbestimmungsbereich: So werden etwa die in jahrzehntelangen zähen Kämpfen in Westdeutschland erreichten, sich gering genug ausnehmenden Möglichkeiten zur Frauengleichstellung im Hochschulsektor bei der Strukturanpassung oftmals Opfer einer patriarchalisch dominierten Umgestaltung.²⁶

Die künstlerischen Mittel

Demokratische Minimalstandards finden in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen

vielfach keine Beachtung. Mitbestimmung der Betroffenen funktioniert – wo sie durchgesetzt werden konnte – meist nur formal. Zwei Probleme jeder Übergangszeit tauchen auf. FunktionsträgerInnen fühlen sich von den Aufgaben überfordert und meinen: 1. Die zu bewältigenden Anforderungen bräuchten eine harte Hand. *Demokratiespiele* hielten da vor allem auf. Wir könnten es uns jetzt nicht leisten, alle Dinge ewig auszudiskutieren. Wir müßten schnelle Entscheidungen treffen. Dies bedinge, daß die gewählten AmtsinhaberInnen von einem allgemeinen Vertrauen der WählerInnen in die Richtigkeit ihres Handelns ausgehen können. Mitbestimmung jeweils Betroffener koste zuviel Zeit und Kraft. Also: Demokratie ist ganz nett – aber nur für nette Zeiten. Die hätten wir jetzt grad mal nicht. 2. Wir müßten Prioritäten setzen. Nicht so Wichtiges könnten wir später behandeln. Etwa wie wir das mit der Geschlechtergleichstellung regeln. Augenblicklich stünden Dinge ganz anderer Dimension an. Der erwähnte Pragmatismus läßt vielen derartige Auffassungen einsichtig erscheinen. Zumindest immer dann, wenn es nicht gerade um die unmittelbar eigenen Interessen geht.

Der Vorhang fällt

Es muß also konstatiert werden: Nicht nur ist es nicht gelungen, mehr Demokratie zu wagen an den ostdeutschen Hochschulen im Vergleich zu den westdeutschen. Sondern in bezug auf eine demokratische Hochschulkultur gab es in den letzten beiden Jahren eine deutliche Regression. Waren die ostdeutschen Hochschulen schon einmal fast bei der demokratischen Volljährigkeit angelangt, sind sie nun wieder im frühpubertären Stadium demokratischer Verfaßtheit gelandet. Retardierende Auswirkungen auf den Westen der Republik sind nicht auszuschließen.

Konfliktlösung (außerhalb dieses Dramas)

Das also steht als vorrangige Aufgabe innerhalb der ostdeutschen Hochschulen: Die Neu-Durchsetzung demokratischer Strukturen und einer demokratischen Hochschulkultur. Andernfalls bleibt als einzige Ost-Hochschulen-Spezifika: Besonders brav, besonders hierarchisch, besonders ordinariell.

Anmerkungen

- 1 Dieter Simon: Die Uni ist verrotten. In: *Der Spiegel* 50/1991, S.52f.
- 2 Vgl. Manfred Wurlitzer: »Ein demokratisches Mäntelchen ist schnell übergezogen«. In: *Frankfurter Rundschau* vom 18.10.1990 S.15.
- 3 Vgl. Peer Pasternack: *Studentisches Bewegtsein in Ostdeutschland vom Herbst 1989 bis Mitte 1992. Referat zum Runden Tisch der Studentinnenschaften*. Berlin 1992. 15 S.; Ilko-Sascha Kowalczyk: Ein Nachruf. Marginalien zum StudentInnenrat an der Humboldt-Universität zu Berlin am Anfang und am Ende der DDR. In: *UTOPIE kreativ* (Berlin) H.14, Oktober 1991, S.60-65.
- 4 Vgl. etwa: Gisea Jungklaus/Albert Urbanski: Statuten der Universitäten und Hochschulen. *Beiträge zur Hochschulentwicklung*, hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin 1990, 12 S.; Entwurf einer Verfassung der Karl-Marx-Universität Leipzig. In: *Universitätszeitung* (Leipzig) vom 7. Januar 1991, S.3-5.
- 5 Vgl. Peer Pasternack: Thesen: Das ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem im Umbruch: 1989-1992. In: *hochschule ost* (Leipzig) 5/1992, S.35-42.
- 6 »Informelle Diskussionsrunde des Senats der KMU mit Prof. Dr. Hinrich Seidel« am 11. April 1990, Mitschrift d. Verf.
- 7 Leipziger Professoren vermissen geistige Erneuerung in der Karl-Marx-Universität (Hr.). In: *FAZ* vom 5.6.1990, S.4.
- 8 Vgl. Peer Pasternack: Abwicklungen und »Aufwicklungen« – Zu ihren Voraussetzungen und Wirkungen. In: *Das Hochschulwesen* (Berlin) 6/1991, S.249-254.
- 9 Vgl. *Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. textsammlung. unkommentiert*. Hrsg. vom StudentInnenRat der Uni Leipzig. Leipzig 1991.100 S.
- 10 Vgl. *Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90/Jan. 91 in Leipzig*. hrsg. von den roten studenten, die ihre roten professoren an ihrer roten uni retten wollen. seilschaften verlag leipzig 1991. Hrsg. vom StudentInnenRat der Uni Leipzig, 100 S.
- 11 Vgl. etwa Kurt Nowak: Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. In: *Beiträge zur Hochschulforschung* (München) 4/1991, S.371-381.
- 12 Vgl. etwa P. Carl: Auf Brückierung angelegt. Zur Evaluation des Zentralinstituts für Elektronenphysik (ZIE). In: *Forum Wissenschaft* (Marburg) 4/1990, S.XIXf.
- 13 Vgl. dazu: Evaluation der Evaluation. In: *Forum Wissenschaft* (Marburg) 4/1990, S.I-XXIV; eine eher wertneutral gehaltene Zusammenfassung bietet Roland Schneider: Vom Aufbruch zum Abbau von Innovationspotentialen: Zur Neuformierung des Forschungs- und Wissenschaftssystems

- der ehemaligen DDR. In: *WSI-Mitteilungen* (Düsseldorf) 11/1991, S.691-702; aus der Sicht eines Evaluators schildert Wolfgang Raible »Impressionen beim Evaluieren«. In: H.L. Arnold/F. Meyer-Gosau (Hrsg.): *Die Abwicklung der DDR Göttinger Sudelblätter*, Göttingen 1992, S.54-63.
- 14 Vgl. Wissenschaftsrat Empfehlungen und Stellungnahmen 1990, Köln 1991, S.7-40; Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen 1991, Köln 1992, S.145-222; Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin, 10 Bde., Köln 1992; Hans Jürgen Block: Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Anhörung der KdS: »Das Hochschulsystem nach der deutschen Neuvereinigung: Umbau im Osten und Konservierung im Westen?«, Berlin, 27.2.1992. in: *hochschule ost* (Leipzig) 3/1992, S.34-39.
 - 15 Dieter Simon: Wie im Westen so auf Erden. Die alte Wissenschaftsroutine lähmt die neuen Länder. In: *FAZ*, vom 19.3.91, S.33.
 - 16 Vgl. etwa P. Weingart/J. Strate/M. Winterhager: Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat. Bielefeld 1991. 30 S. Die Autoren ermitteln z.B. unter Verwendung des Science Citation Index, daß 54,7% der Publikationen von DDR-NaturwissenschaftlerInnen/-MedizinerInnen in internationalen und nationalen Fachzeitschriften aus den Hochschulen stammten, dagegen nur 32,6% aus den wissenschaftlichen Akademien Beispieljahr 1984).
 - 17 Dieter Simon (lv.): »Nackte Verzweiflung«. Dieter Simon, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, sieht Trümmer in der Forschungslandschaft. In: *Wochenpost* (Berlin) 27/1992, S.26.
 - 18 Vgl. etwa Peer Pasternack: Gründer-Zeit in Leipzig. Miszellen. In: Bernhard Muszynski (Hrsg.): *Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft*. Leverkusen 1992, 250 S.
 - 19 Hans Joachim Meyer: Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht. In: *hochschule ost* (Leipzig) 6/1992, S.34.
 - 20 Vgl. etwa Peer Pasternack: Brief aus Leipzig. Abwicklung, die 2te. In: *diskus* (Frankfurt am Main) 2/1991, S.30; Notizen aus der Wissenschaftspolitik: Humboldt-Universität Berlin – Institut für Geschichte. In: 1999 (Hamburg) 3/1992, S.142-144.
 - 21 Auf die Gefahren macht zusammenfassend aufmerksam: Clemens Burrichter: Forschung und technologische Entwicklung in Ostdeutschland. Zur Bilanz und Perspektiven. In: *IGW-Report* (Erlangen-Nürnberg) H.1/1992, S.9-18.
 - 22 Vgl. etwa Hubert Laitko: Berlinische Landschaftspflege. Wie man Wissenschaft und Forschung verbessert. In: *Forum Wissenschaft* (Munich) 1/1992, S.48-52.
 - 23 H. Lange/U. Matthes: Ein Jahr danach. Auf der Suche nach Fragen und Antworten zur Wende in der DDR. In: *Deutschlandarchiv* (Köln) 11/1990, S.1749.
 - 24 Vgl. etwa: Konferenz der StudentInnenenschaften (KdS): Offener Brief an den Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst vom 26.2.1992. In: *Das Hochschulwesen* (Berlin) 2/1992, S.59; Berufung von Professoren neuen Rechts an die Universität Leipzig mit Wirkung vom 1. Juni 1992 (Namensliste) In: *Universität Leipzig* 4/1992, S.3f.
 - 25 Lothar Kreiser: Diskussionsbeitrag auf der Podiumsdiskussion »Karl Marx – passender Uni-Name oder unpassendes stalinistisches Symbol?«, Leipzig, 16.10.1990, Tonbandprotokoll. In: *Campus. Leipziger StudentInnenzeitung*. Sondernummer vom 26.10.1990. o.S. Nachgedruckt in: *Eine Uni wendet sich ... a.a.O.*, S.84.
 - 26 Vgl. BdWi: Stellungnahme zur Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft »Perspektiven der Hochschulentwicklung«, Bonn, 5./6.12.1991, Auszug. In: *hochschule ost* (Leipzig) 1/1992, S.6.